

JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN



**Beschluss des Antrages zum 46. JU NRW-Tag
am 26. und 27. November 2011 in Mönchengladbach**

Die zukünftige Energieversorgung ist eine entscheidende Herausforderung für den Standort Deutschland und insbesondere für die Wirtschaftsregion Nordrhein-Westfalen. Dabei stellt uns die vom Bundestag beschlossene „Energiewende“ vor neue Aufgaben. Eine langfristige Energiepolitik muss sich auch weiterhin an den Zielen Sicherheit, Grundlastfähigkeit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit orientieren.

Die Junge Union NRW hat deshalb folgende Forderungen:

1. Einen ideologiefreien Energiemix fördern.

Die Braunkohle ist momentan der einzige wettbewerbsfähige heimische fossile Energieträger. Dieser soll auch zukünftig, möglichst emissionsarm genutzt werden. Dazu sollten auch Technologien aus dem Bereich CCU und CCS (Carbon Capture and Usage/Storage) genutzt werden. Daneben setzen wir auf alle Bereiche erneuerbarer Energien; darunter vor allem auch Bioenergie und Geothermie neben Wind- und Sonnenenergie. Die Wasserkraft ist weiter auszubauen, ihr Potential bleibt jedoch beschränkt. Gerade bei der Förderung von Windkraft- und Biogasanlagen ist darauf zu achten, dass ein gerechter Wettbewerb als Prinzip der Marktwirtschaft erhalten bleibt. Es kann nicht sein, dass sich erst durch erhöhte Subventionierung der Bau solcher Anlagen rechnet und hierdurch die Existenz der umliegenden landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund von steigenden Pachtpreisen sowie einem stark zunehmendem Flächenfraß bedroht wird. Die Gewinnung von Gas durch das sogenannte Fracking kann nur eine weitere Erdgasgewinnungsform sein, wenn strengste Auflagen des Natur- Umweltschutzes erfüllt werden

2. Abhängigkeiten bei der Energieversorgung verringern.

Insbesondere durch den Ausstieg aus der Kernkraft muss mittel- und langfristig sichergestellt werden, dass Deutschland sich bei der Energieversorgung nicht in die Abhängigkeit einzelner Länder begibt. Denn nur so verhindern wir, dass Ressourcen als politisches Instrument genutzt werden. Aus diesem Grund setzen wir auf einen breiten Mix verschiedener Energieträger.

3. Energieversorgung langfristig planen.

Deutschland darf nicht dauerhaft vom Exporteur zum Importeur von Strom werden. Der beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft kann also nur dann realistisch umgesetzt werden, wenn der notwendige Grundbedarf durch den Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken sowie wetterunabhängiger Erneuerbarer Energien gedeckt wird. Damit die Energieversorgung künftiger Generationen nachhaltig sichergestellt ist, darf es keine Blockade effizienter Kraftwerksprojekten wie bspw. Datteln IV geben und es muss mit Planung und Bau weiterer effizienter Kraftwerke bereits jetzt begonnen werden. Daher sollten Planverfahren für derartige Infrastrukturmaßnahmen deutlich beschleunigt und für alle Beteiligten effektiver gestaltet werden. Für jedes effiziente Kraftwerk muss es zur verbindlichen Abschaltung alter Kraftwerke kommen.

4. Solarförderung in Deutschland anpassen

Solarenergie gehört in Deutschland zu den ineffizientesten Formen der Energiegewinnung, die dennoch in hohem Maße gefördert wird. Dafür zahlt der Endverbraucher durch höhere Strompreise die Zeche. Diese Subventionen kommen zunehmend ausländischen Herstellern insbesondere im asiatischen Raum zugute, während das grüne Jobwunder in Deutschland ausbleibt und die deutsche Solarindustrie aktuell von Massenentlassungen und Insolvenzen bedroht ist. Daher ist die Solarförderung auf ein europäisches Niveau abzusenken bzw. durch einen festen „Ausgabendeckel“ zu begrenzen. Gleichzeitig sollten stattdessen andere erneuerbaren Energien stärker nach Vorne gebracht werden.

5. Flexible Energieversorgung, um die demografische Entwicklung zu berücksichtigen.

In den kommenden Jahren wird die Bevölkerung in unserem Land schrumpfen. Eine sinkende Bevölkerung bedeutet jedoch nicht zwangsläufig weniger Energieverbrauch. Eine besondere Herausforderung stellt die regionale Verteilung des Energiebedarfs dar, der in einigen Regionen ansteigen oder konstant bleiben kann, jedoch vielfach abnehmen wird. Meist im ländlichen Raum trifft eine stark abnehmende Bevölkerung und tatsächliche Reduzierung des Energiebedarfs auf eine steigende dezentrale Energieerzeugung. Dagegen wird in den ländlichen Regionen überproportional viel Energie erzeugt. Aus diesem Grund wird zukünftig das reibungslose Zusammenspiel von großen und kleinen (dezentralen) Kraftwerken eine

entscheidende Rolle spielen. Die Stadt-Land-Solidarität der Energieerzeugung/des Energieverbrauchs wird durch die Energiewende noch forciert und erfordert in erster Linie einen Um- und Ausbau der Netze zur Aufnahme der dezentralen Erzeugungsleistung.

6. Schneller und kostengünstiger Netzaus- und umbau.

Aufgrund der geringeren Grundlast und der stark schwankenden Stromproduktion erneuerbarer Energien, müssen die Netze in Deutschland aus- und umgebaut werden. Insbesondere um den Strom der Off-Shore Anlagen in Nord- und Ostsee zu den Industriezentren zu bringen, müssen laut Deutscher Energie-Agentur (Dena) bis 2020 3.600 km lange 380-Kilovolt Trassen gebaut werden. Der Neubau großer Stromleitungen ist daher unumgänglich. Neue Stromtrassen müssen bereits jetzt geplant und kommuniziert werden. Erdverkabelung als häufig genannte Alternative zu großen Überlandleitungen ist zwar wesentlich teurer sowie in der Umsetzung extrem aufwendig und deshalb als flächendeckende Lösung nicht geeignet. Die Einrichtung von Teststrecken, im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung, etwa entlang von Autobahnen, ist zu begrüßen. Dabei ist stärker als bisher auf eine optisch ansprechende Gestaltung durch ästhetisch gestaltete Strommasten zu achten. Daher ist die Politik gefordert, möglichst früh in einen Dialog mit den Menschen im ländlichen Raum zu treten und die Folgen der Energiewende auf das Landschaftsbild zu erläutern. Dabei müssen Bürgerproteste vor Ort ernst genommen werden, aber auch auf die Notwendigkeit unserer Energieversorgung hingewiesen werden. Speicherkraftwerke und Überlandleitungen in Naturschutzgebieten müssen in die Überlegungen zum Netzausbau mit einbezogen werden. Es muss jedoch dafür Sorge getragen werden, dass nur so wenig Natur wie nötig belastet wird. Dabei müssen auch beschleunigte Genehmigungsverfahren angewendet werden. Auf den Erhalt der letzten größeren Rückzugs- und Erholungsgebiete in unmittelbarer Nähe zur dichtbesiedelsten Region Europas ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien besondere Rücksicht zu nehmen. Die Umstellung auf „intelligente Stromnetze“ (smart grids) im gesamten Bundesgebiet, bzw. sie zu fördern, wäre ein wesentlicher Bestandteil dem zunehmenden Problem der Spannungsschwankungen Herr zu werden. Mit ihrer Hilfe kann man emissionsfreien Strom von erneuerbaren Energien anbieten, ohne dass die Grundlast gefährdet wäre oder ein Zusammenbruch des Netzes durch Überlastung zu befürchten ist. Hiermit ließen sich auch einige Kilometer neuer Stromtrassen einsparen.

7. Europäische Lösung zur Gewährleistung der Energieversorgung.

Langfristig setzt sich die JU NRW für eine europäische Lösung der Energieversorgung ein. Nach der bereits erfolgten vollständigen Liberalisierung des europäischen Strommarktes ist dies aus unserer Sicht der logische nächste Schritt. Dies bedeutet u.a. länderspezifische Vorteile, wie geographische Lage oder klimatische Bedingungen in der EU optimal, zu nutzen und vorhandene Kompetenzen und Technologien zur bündeln und auszuweiten. Wir begrüßen dabei ausdrücklich das zukunftsweisende und innovative Projekt Desertec sowie das Projekt NorGer.

Die JU NRW fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer und bilateraler Ebene dafür einzusetzen, dass in unseren Nachbarstaaten regelmäßig Stresstests sowohl bei bestehenden als auch bei geplanten Kernkraftanlagen Anwendung finden. Insbesondere für die an unser Bundesland angrenzenden Staaten Belgien mit den Kernkraftwerken Doel und Tihange sowie den Niederlanden mit dem Kernkraftwerk Borssele ist dies für die Menschen in NRW von großem Interesse. Die Energiewende in Deutschland wird eine Signalwirkung auf internationaler Ebene haben. Auch deshalb ist es wichtig, die Energiewende so zu gestalten, dass sie für andere Länder attraktiv wird.

8. Mittelstandnahe Förderung ausbauen

Die Junge Union NRW spricht sich für den mittelstandsnahen Ausbau der Förderungen von regenerativen Energien aus. Ein hoher staatlicher Anreiz für Privatpersonen mildert den Sanierungsstau im Bauwesen und kann durch gezielte Förderung von Technologien wie Blockheizkraftwerken, Solarthermie- oder Photovoltaikanlagen, sowie von Pelletheizungs- oder Wärmepumpenanlagen zur erheblichen Reduzierung der Primärenergie führen und auch in Zukunft den Sanierungsmarkt in Deutschland stabil halten.

9. Weitere Möglichkeiten von Energieeinsparungen und Energieeffizienz ausnutzen.

Der effiziente Einsatz von Energie ist ein zentrales Element bei der Senkung des Energieverbrauchs. Deshalb fordern wir, die Skala der Energieeffizienzklassen auf alle energieverbrauchenden Geräte wie beispielsweise Elektrogeräte, Fortbewegungsmittel o. ä. auszudehnen und im Bereich der besonders energiesparenden Geräte zu erweitern. Die EU

sowie die Industrie sind gefordert, die Kennzeichnung verständlicher zu gestalten und mit einer Informationskampagne die langfristigen finanziellen Vorteile beim Kauf solcher Geräte darzulegen. Zudem ist verstärkt auf die Einsparpotentiale durch umfassende Gebäudesanierung hinzuweisen.

10. Endlagerfrage endlich klären.

Auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie muss der bisher entstandene Atommüll sicher endgelagert werden. Es gibt vielfältige Entsorgungskonzepte, mit denen die radioaktiven Substanzen so lange zurückgehalten werden können, bis sie sich durch radioaktiven Zerfall in ungefährliche Stoffe umgewandelt haben. Die Herausforderung, der sich die Politik bis jetzt nicht gewachsen gezeigt hat, besteht darin, aus diesen Möglichkeiten eine Auswahl zu treffen und sie für Deutschland umzusetzen. Die Forschung an Möglichkeiten der Beschleunigung des Abbaus von Radioaktivität ist noch in den Anfängen. Diesen Ansatz halten wir aber für äußerst förderwürdig, um die weltweit große Menge radioaktiven Abfalls auf lange Sicht in den Griff zu bekommen.

11. Kernforschung in Deutschland weiterhin fördern.

Obwohl Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, werden in Europa, aber vor allem auch weltweit, neue Kernkraftwerke gebaut. Um die hohen deutschen Sicherheitsstandards und Erfahrungen im kerntechnischen Bereich international einzubringen ist es von entscheidender Bedeutung, dass Forschung und Lehre im Bereich der Kerntechnik erhalten werden. Wir wollen für unsere verbleibenden kerntechnischen Anlagen auch in Zukunft qualifiziertes Personal und Sicherheit auf dem höchsten Stand von Wissenschaft und Technik. Zudem leisten die zahlreichen deutschen Forschungsreaktoren ihren Beitrag, um die Sicherheit von Kernkraftwerken in allen Teilen der Welt zu gewährleisten. Nur so können wir glaubhaft und erfolgreich Verbesserungen der Sicherheit von ausländischen Kernkraftwerken erwirken und die bestmögliche Lösung für die Entsorgung des Atommülls finden. Des Weiteren soll auch die Kernfusion-Forschung weiter ausgebaut werden.

12. Die neue Realität der Energiewende mitgestalten!

Die energiepolitischen Standpunkte der Jungen Union NRW haben sich immer an der Realität

ausgerichtet. Sie waren stets sachorientiert. Schon 2007 hat die CDU die Kernenergie als eine Brückentechnologie aufgefasst. Die Kernenergie produziert Abfälle, die noch viele Generationen nach uns belasten werden. Die Energiewende bietet große Chancen für unsere Wirtschaft und den deutschen Forschungsstandort, für neue Arbeitsplätze und neue Exportprodukte. Der Erhalt des Industriestandortes Deutschland, die Einhaltung der ehrgeizigen Klimaschutzziele bis 2020, die Preisstabilität und die nachhaltige Haushaltskonsolidierung dürfen zugunsten der kommenden Generationen nicht aus den Augen verloren werden. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, bieten sich Deutschland große Möglichkeiten. Die einzelnen Technologien müssen sich dem gegenseitigen Wettbewerb stellen, um eine effiziente Energiewende herbeizuführen. Ungedeckelte Subventionierung einzelner erneuerbarer Energien lehnen wir ab. Eine repressive Gesetzgebung wie das rotgrüne Klimaschutzgesetz lehnen wir daher ab. Als Partei, die sich von dem christlichen Menschenbild leiten lässt und sich für die Bewahrung von Gottes Schöpfung einsetzt, müssen wir in besonderem Maße Verantwortung für künftige Generationen übernehmen. Eine zeitlich unbegrenzte und unreflektierte Nutzung der Kernenergie wird diesem Anspruch nicht gerecht. So erkennen wir den unbestritten breiten gesellschaftlichen wie politischen Konsens durch die unvorhersehbaren Ereignisse in Fukushima zum Ausstieg aus der Kernenergie an. Vor den Sorgen und Ängsten der Menschen verschließen wir die Augen nicht. Jetzt kommt es darauf an, diese neue Realität aktiv mitzugestalten.

13. NRW als Energieforschungsland Nr. 1.

NRW ist mit seinen Hochschulen und Forschungszentren bestens aufgestellt, um in der Energieforschung eine führende Rolle in Deutschland und Europa einzunehmen. Wir wollen NRW zum Energieforschungsland machen. Dabei muss vor allem auch die weitere Erforschung von Energietransport- und speichermöglichkeiten sowie effizienter Energienutzung massiv gefördert und ggf. ausgebaut werden.

14. Konsequenzen der Energiewende offen benennen.

Eine Konsequenz der Energiewende werden steigende Strompreise sein. Die Deutsche Energieagentur (Dena) rechnet bei einem Ausstieg aus der Kernenergie im Zeitraum bis

2020/2025 mit einer Erhöhung der Strompreise um vier bis fünf Cent je Kilowattstunde. Das wäre notwendig für den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Stromnetze und moderner Kraftwerke auf der Basis fossiler Brennstoffe. Unter den gestiegenen Preisen werden nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die deutsche Industrie leiden. Insbesondere energieintensive Unternehmen wie Metallerzeuger, die Chemie- und die Papierindustrie wird das vor Herausforderungen stellen. Die Junge Union NRW bekennt sich zur Wertschöpfungskette der deutschen Industrie. Diese bildet das Fundament für Wohlstand und Aufschwung, durch den der ökologischen Wandel gemeistert werden kann.